Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 534. Abendblatt. Donnerstag, den 14. November. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 13. November. Mit Se. Majestät dem Könige ist auch der Ministerpräsident Graf Bismarck von Letzlingen heute wieder eingetroffen. Derselbe hat demnach den früher beabsichtigten Besuch bei seinen Verwandten in der Altmark aufgegeben, wie es scheint, mit Rücksicht sowohl auf die Eröffnung des Landtages als auf die politische Situation. Wie wir nämlich hören, hat der französische Gesandte von Benedetti die Einladung zu einer europäischen Konferenz wegen der römischen Angelegenheit bereits in den Händen und wird dieselbe dem Ministerpräsidenten jedenfalls sofort nach seiner Rückkehr übergeben. Wenn die „Bresl. Ztg." von Pour parlers spricht, die zwischen dem Grafen Bismarck und dem Herrn v. Benedetti wegen der Konferenz-Angelegenheit stattgefunden haben, so erledigen sich die desfallsigen Angaben dieser Zeitung schon dadurch, daß Herr v. Benedetti erst nach der Abreise des Grafen Bismarck nach Letzlingen hier wieder eingetroffen ist. — Aus dem „Frankfurter Journal ist die Mittheilung in mehre Zeitungen übergegangen, daß die Nachricht über die beabsichtigte Vorlage einer neuen Kreisordnung ein Wahlpuff gewesen sei. Dem ist indessen nicht so. Die Nachricht ist aus gut unterrichteten Kreisen gekommen und wird auch jetzt nach den Wahlen noch aufrecht erhalten. Uebrigens wird wahrscheinlich auch schon die Thronrede darüber nähere Aufschlüsse geben. — Was die projektirte Inseratensteuer betrifft, so sprechen sich die größern Blätter, die über einen großen Inseratenraum verfügen und aus der Verwendung derselben große Einnahmen haben, allerdings gegen dieselbe aus, indessen erheben sich auch bereits mehrfache Stimmen in der Journalistik („Publicist", „Altonaer Merkur" u. s. w.) für dieselbe und sehen in der beabsichtigten Veränderung eine wesentliche Verbesserung. — Von dem bekannten Werke des General v. Willisen: „Die großen Kriegscampagnen" ist jetzt ein neuer Band erschienen, welcher die Feldzüge 1859 und 1866 behandelt. Dieser neueste Band hat ein doppeltes Interesse, dadurch, daß derselbe uns die kriegerischen Vorgänge der jüngsten Vergangenheit in sachgemäßer Darstellung und mit einem sehr eingehenden Urtheile vorführt und daß der berühmte Verfasser das Werk dem Grafen Bismarck gewidmet hat, in einer Vorrede, welche der Bewunderung für die Bismarcksche Politik einen begeisterten Ausdruck giebt. General v. Willisen erkennt darin an, daß die Politik des Grafen Bismarck die Ideale verwirklicht hat, welche allen liberalen Geistern als der Beruf Preußens und Deutschlands vorgeschwebt und daß Graf Bismarck seine großen Erfolge dadurch errungen, daß er das Gebot der Strategik aufs politische Gebiet so meisterhaft angewandt habe: Suche Deine Stärke in Zeit und Raum gegen des Feindes Schwäche in Anwendung zu bringen.

Der bisherige Regierungs-Rath Heinrichs in Hannover ist zum Präsidenten der General-Kommission für die Provinz Hannover ernannt worden. — Zur Wahl für das Abgeordnetenhaus waren in Berlin von 115,118 Stimmberechtigten nur 38,454 erschienen. Lächerlich ist hier jedem Eingeweihten die Annahme der „Volkszeitung" erschienen, daß für den fortschrittlichen Ausfall der Wahlen in Berlin die politisch gereifte Ansicht der Einwohner maßgebend gewesen sei. Die Masse des Publikums ist in Berlin gerade politisch so reif oder unreif, so klug oder unklug als anderwärts. Im Gegentheil hat die aus sehr verschiedenen Elementen bestehende und aus sehr verschiedenen Herren-Ländern eingewanderte Einwohnerschaft jedenfalls einen sehr verschiedenen Elementarunterricht gehabt und giebt deshalb für Agitationszwecke ein sehr brauchbares Objekt ab. Denn nur in der von der Hand noch guten und geschickten Organisation und Agitation der Fortschrittspartei und daneben in der zu großen Lässigkeit der konservativen, besonders aber der mehr indifferenten Parteien ist hier der Grund der fortschrittlichen Erfolge zu suchen. Daß aber auch hier die Stimmung stark in der Aenderung begriffen ist, darauf weisen auch obige Zahlenangaben hin. Da die Demokratie die Ihrigen sicher alle auf der Wahlstätte gehabt hat und sich bei den Wahlen doch auch noch starke konservative Minoritäten gezeigt haben, ist wohl der Schluß gerechtfertigt, daß das Kontingent der Demokratie auch hier bedeutend zusammengeschrumpft ist und sich nur noch mühsam aus den Vereinen rekrutirt. — Die nächste Nummer der „Annalen der Landwirthschaft" wird einen Bericht des Geh. Ober-Regierungs-Rath Oppermann über den Stand der Rinderpest in Oberschlesien bringen. Nach derselben hat dieselbe im Kreise Pleß an 2 Orten, Rybnik an 1, Ratibor an 26, Leobschütz an 2, und im Kreise Kosel an 3 Orten geherrscht. An der Seuche gestorben und aus Vorsicht getödtet sind mehr als 600 Stück Rindvieh. In einem Drittheile der inficirt gewesenen Orte kann die Seuche als erloschen betrachtet werden. Ein Schluß auf die Unzulänglichkeit der von den Behörden getroffenen Maßregeln darf hieraus nicht gezogen werden: es ist kein Fall bekannt, wo die Pest aus einem als inficirt erkannten Orte noch nach Ergreifung jener Maßregeln verschleppt worden wäre. Alle Kruptionen lassen sich auf mittelbare Einschleppung aus Oesterreich oder aus preußischen Orten zurückführen, in denen die Pest erst später konstatirt worden ist. Es ist jetzt die ganze Grenze gegen Oesterreich von Myslowitz bis Patzschkau in einer Länge von 40 Meilen militärisch abgeschlossen, von 12 Bataillonen Linien-Infanterie, 1 Jäger-Bataillon und einigen Eskadrons Kavallerie, wozu nächstens noch 1 Jäger-Bataillon tritt. In Oesterreich herrscht die Pest noch immer stark in verschiedenen Provinzen.

Berlin, 13. November. Die Prozeßordnungs-Arbeiten der Kommission des norddeutschen Bundes werden, wenn sie weiter vorgerückt sind, den Südstaaten zur Betheiligung vorgelegt. Der gleiche Modus soll bei den übrigen Arbeiten auf dem Gebiete der Bundesgesetzgebung eingehalten werden.

— Der Ausschuß des norddeutschen Bundesrathes für Handel und Verkehr versammelte sich am Mittwoch zur Berathung über das Konsulatswesen.

— Wie aus Kiel dem „Alt. Merk." geschrieben wird, hat der im 7. schleswig-holsteinischen Wahlbezirk (Eckernförde) zum Abgeordneten gewählte Regierungsrath a. D. Kraus die Annahme des Mandats abgelehnt. — Nach gleichfalls in Kiel eingetroffenen Nachrichten wird der Abg. Dr. L. Meyn wahrscheinlich genöthigt sein, sein Mandat als Abgeordneter des 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreises niederzulegen, da eine Feuersbrunst am Freitag sein Gewese zu Neuendeich bei Uetersen total zerstört hat.

— Nachdem die Zahl der noch in den Lazarethen befindlichen Verwundeten aus dem vorjährigen Kriege auf ein Minimum herabgesunken ist, werden Seitens des Kriegsministeriums über dieselben keine Berichte mehr von den Lazareth-Verwaltungen verlangt.

— Die „N. A. Z." schreibt: Eine Havarie, welche die Panzerfregatte „Friedrich Carl" auf ihrer Ueberreise von Gibraltar nach Plymouth betroffen hat, ist von mehreren öffentlichen Blättern benutzt worden, um wahrheitswidrige oder auf Unkenntniß der Verhältnisse beruhende Gerüchte in Umlauf zu setzen und auf diesem Wege die ausländische Schiffbau-Industrie herabzusetzen. Die Havarie hat im Verluste zweier aus Eisen gefertigter Röhren-Masten besagten Schiffes bestanden, veranlaßt durch die den Panzerschiffen ohne Ausnahme eigenthümlichen starken Schwankungen und ist ein verhältnißmäßig leicht und schnell zu reparirender, für das Schiff selbst aber ohne jedweden Nachtheil bleibender Schade. Es liegt bis jetzt kein Grund vor, anzunehmen, daß schlechtes Material der Masten oder unsolide Anfertigung die Ursache des Brechens derselben gewesen ist, vielmehr scheint die Havarie lediglich ein durch höhere Gewalt veranlaßter Unglücksfall zu sein, wie er den Seeschiffen hundertfällig zustößt. Sollte sich indeß auf Grund genauer Recherchen, die bereits angeordnet sind, herausstellen, daß der Anfertigung der Masten die Schuld an dem Zerbrechen derselben zufällt, so haben die Erbauer für den Schaden vertragsmäßig aufzukommen.

Kiel, 10. November. Das Amtsgericht verurtheilte heute die Vorstands-Mitglieder des aufgelösten schleswig-holsteinischen Wahlvereins wegen Ueberschreitung des Vereinsgesetzes zu verschiedenen Geldstrafen und erklärte den Wahlverein definitiv für geschlossen. Die Verurtheilten haben Berufung eingelegt.

Hadersleben, 13. November. „Nordschleswigs Tidende" theilt mit, daß die dänenfreundlichen Landtags-Abgeordneten Krüger und Ahlmann hier zu einer Besprechung zusammengetroffen sind und beschlossen haben, die von Nordschleswigschen Wählern ihnen übertragenen Mandate für den Preußischen Landtag anzunehmen.

Hamburg, 13. November. Nach einem heute wiederholt erneuerten Beschlusse der Bürgerschaft wird unter Voraussetzung der Zustimmung des Senats eine aus 3 Senats- und 6 Bürgerschafts-Mitgliedern bestehende Kommission erwählt werden, welche eine der Verfassung des norddeutschen Bundes angepaßte Verfassungsrevision anbahnen soll. — Die Bürgerschaft hat beschlossen, den dringlichen Senatsantrag wegen der Wahl eines achtzehnten Senators binnen 14 Tagen zu berücksichtigen. Der Beschluß wurde mit 95 gegen 55 Stimmen gefaßt. Es wurde ferner beschlossen, die Revision der Hamburgischen Sonderverfassung beim Senate zu beantragen, wobei 79 Stimmen dafür und 61 dagegen waren.

Kassel, 12. November. Von der General-Versammlung des National-Vereins theilen wir nachträglich noch Folgendes mit: Der gedruckten Präsenzliste zufolge nahmen an derselben 87 Mitglieder, worunter 40 von auswärts, Theil. Die letzteren waren aus Hamburg, Bremen, Emden, Varel, Rostock, Rendsburg, Braunschweig, Weimar, Koburg, Jena, Einbeck, Münden, Butzbach, Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Heidelberg und Pforzheim. Der Vorsitzende des Ausschusses, R. v. Bennigsen, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache. Er hob darin hervor, daß die durch den vorjährigen Krieg eingetretene Umgestaltung der deutschen Dinge auch eine Zersetzung der Parteien, ja sogar einen für die Freiheit Deutschlands unerquicklichen erbitterten Streit der Parteien zur Folge gehabt habe. An die Stelle des losen deutschen Bundes sei der norddeutsche Bund getreten: die Verfassung desselben habe zwar Mängel, was von Denjenigen am wenigsten verkannt werde, welche an deren Zustandekommen mitgewirkt, aber derselbe gewähre doch eine so feste und einheitliche Leitung des gesammten Nord- und Mitteldeutschlands, wie Deutschland sie seit Jahrhunderten nicht gehabt habe; es bestehe jetzt eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Vertretung der Nation; schon sei mit einer für Deutschland seltenen Energie und Schnelligkeit begonnen, eine Einheit durch die Gesetzgebung herbeizuführen und dazu sei die Einigung mit Süddeutschland vorbereitet in militärischer Beziehung und durch die Reformen des Zollvereins. Seit 1848 werde zum ersten Male das Zollparlament eine Vertretung aller deutschen Interessen darstellen. Nachdem die Haupt-Aufgaben des Vereins erfüllt seien, habe der Ausschuß geglaubt, daß der Verein seine Thätigkeit zu schließen habe, zumal er für die Bewirkung des Anschlusses des Südens nach Lage der Dinge eine erfolgreiche Thätigkeit doch nicht mehr glaube entfalten zu können. — Aus einer vergleichenden Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben von 1860—1867 ist Folgendes hervorzuheben: die Mitgliederbeiträge beliefen sich 1860 auf 16,550 fl., 1861 auf 37,021 fl., 1862 auf 48,155 fl., 1863 auf 55,117 fl., 1864 auf 35,121 fl., 1865 auf 19,352 fl., 1866 auf 12,022 fl. und 1867 auf 5,727 fl. In demselben Verhältniß hat die Gesammteinnahme in den einzelnen Jahren gestanden; sie stand z. B. 1863 am höchsten, nämlich auf 65,904 fl., 1867 aber auf nur 11,794 fl. Im Ganzen haben die Einnahmen in jenen acht Jahren 293,391 Fl. 13½ Kr., die Ausgaben 288,968 Gulden 9¼ Kreuzer betragen.

Dresden, 13. November. Die zweite Kammer hat die provisorische Forterhebung der Steuern und Abgaben pro 1868 bewilligt; ausgenommen den verlangten außerordentlichen Zuschlag zur Grund-, Gewerbe- und Kommunalsteuer, für welchen die Genehmigung bis zur Feststellung des Budgets ausgesetzt werden soll.

Karlsruhe, 13. November. Die Abgeordnetenkammer nahm in heutiger Sitzung mit 50 gegen 7 Stimmen das Gesetz, betreffend die Forterhebung der Steuern während der Monate Dezember und Januar an. Das Gesetz ordnet zugleich eine ziemlich namhafte Erhöhung der direkten und indirekten Steuern an. Der Antrag des Abgeordneten Moll, von dieser Steuererhöhung vorläufig Abstand zu nehmen, wurde bei gleichem Stimmenverhältniß verworfen.

München, 12. November. Aus guter Quelle kann die „Augsb. Pstztg." melden, daß im Laufe dieser Session Anträge auf Einführung der Civilehe und Revision des baierischen Konkordats werden gestellt werden. Der Münchener Volksverein berieth bereits in einer am 9. November abgehaltenen Versammlung eine Petition um Einführung der Civilehe.

München, 13. November. Die „Süddeutsche Presse" bespricht in ihrem heutigen Leitartikel die Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", betreffend das Verhältniß der Süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde. Es heißt in dem Artikel: Durch die Aufnahme der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund würde dieser thatsächlich ein Deutscher Bund werden, dessen Verfassung alsdann nicht dieselbe bleiben könnte. Eine Revision der Norddeutschen Verfassung würde die Voraussetzung des Eintritts sämmtlicher Süddeutschrn Staaten in den Norddeutschen Bund sein. Durch den Eintritt Badens und Hessens werde der Norddeutsche Bund noch kein Deutscher Bund. Wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" befürworte, daß Württemberg und Baiern außerhalb des Norddeutschen Bundes bleiben, so sei das im wohlverstandenen Interesse der Preußischen Politik gesagt. Besonders richtig erscheinen die Bemerkungen des Berliner Blattes über das Zollparlament. Der bloße Eintritt Hessens und Badens würde noch das Parlament des Norddeutschen Bundes im Mittelpunkt des neuen Systems belassen. Mit dem Eintritt Baierns und Württembergs verlege sich derselbe jedoch in das Zollparlament. Ein solcher Gang der Dinge erscheine, wie sich einmal die Verhältnisse gestaltet haben, als der wünschenswerthe. Nur würde die Ausschließlichkeit des Preußischen Veto dem Kollektiv-Veto Württembergs und Baierns vorzuziehen sein; doch sei zu wünschen, daß dieses Veto als ein Veto des Bundesoberhauptes aufgefaßt werde, und zwar in dem Sinne, in welchem dem Präsidenten der Nordamerikanischen Union dem Kongresse gegenüber ein Veto zustehe. Nur in diesem Sinne könne Preußen billiger Weise das Veto im Zollverein beanspruchen, welches übrigens jeder unbefangene Beurtheiler ihm zusprechen müsse.

Ausland.

Wien, 13. November. In der heute im Abgeordnetenhause fortgesetzten Debatte über das Delegationsgesetz sprachen die Abgeordneten Skene und Zabel vom centralistischen Standpunkt gegen den Antrag, die Abgeordneten Berger, Kaiserfeld und Rechbauer vom dualistischen dafür.

Wien, 13. November. Die „Wiener Correspondenz" meldet: Der neuernannte Botschafter beim heiligen Stuhle, Graf Crivelli, geht in den nächsten Tagen auf seinen Posten nach Rom. Das griechische Königspaar wird übermorgen das diplomatische Korps empfangen, worauf Abends die Abreise erfolgt.

Triest, 13. November. Nachrichten der Ueberlandspost: Hongkong, 27. September. Der Peninsular-Dampfer „Singapore" hat am 30. August zwischen Yokohama und Hakdah Schiffbruch gelitten. Mannschaft und Passagiere sind gerettet. Der Gouverneur von Nangasaki ist wegen Ermordung zweier englischer Seeleute durch Eingeborne abgesetzt worden.

Bern, 13. November. Der französische Gesandte hat dem Bundesrathe eine Depesche seiner Regierung übergeben, durch welche die Schweiz zur Theilnahme an den Konferenzen behufs Regelung der römischen Frage eingeladen wird.

Paris, 11. November. Mehrere Pariser Blätter beschäftigen sich dauernd mit der Mittheilung, daß bezüglich des Octroy (Schlacht- und Mahlsteuer) in der Banlieu von Paris, das seit dem 1. November eingeführt ist und von der arbeitenden Klasse sehr empfunden wird, Differenzen zwischen dem Seinepräfekten und dem Kaiser ausgebrochen seien. Es ist aber selbstverständlich, daß der Seinepräfekt eine so tief einschneidende Maßregel nicht blos auf seine Verantwortlichkeit hin treffen konnte, und es kann ihm daher schwerlich die ausschließliche Verantwortlichkeit dafür aufgebunden werden.

Paris, 13. November. „Patrie" meldet: Die Dekrete, welche die Ernennungen der Herren Pinard und Magne zu den Portefeuilles des Innern und der Finanzen bringen, sind erst in dem heutigen Ministerrathe unterzeichnet worden und werden in dem morgenden „Moniteur" erscheinen. Der Kaiser war gestern zur Jagd uud konnte daher seine Unterschrift nicht ertheilen. — Dasselbe Blatt schreibt: Bei der Einladung zu Konferenzen behufs Regelung der römischen Angelegenheit formulirt die französische Regierung keinen Vorschlag zur Lösung, sondern beschränkt sich darauf, die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Lage Italiens und auf die Nothwendigkeit zu lenken, der Wiederkehr von Ereignissen vorzubeugen, welche periodisch die Ruhe Europa's stören könnten. Indem das Kabinet der Tuilerieen seine besonderen Anschauungen nicht darlegte, wollte es den Erwägungen der fremden Kabinette freies Feld lassen, welche sämmtlich an der Lösung einer Frage interessirt sind, deren sich die Revolution, welche offen Rom zu ihrem Zielpunkt macht, bemächtigt hat. — Die beiden gestrigen

Moniteurnoten, fügt „Patrie“ hinzu, haben einen ausgezeichneten Eindruck auf die italienische Regierung hervorgebracht, welche dieselben als ein neues Unterpfand für den edelmüthigen Wunsch Frankreichs aufnimmt, die Erinnerung an Ereignisse auszulöschen, die einen Augenblick die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien hätten beeinträchtigen können. — „Etendard“ bestätigt die bevorstehenden Aenderungen im Ministerium und fügt hinzu, die Preßverwaltung würde gleichfalls eine Aenderung in Uebereinstimmung mit den Prinzipien des neuen Preßgesetzes erfahren. — „France“ meldet, daß Baron Malaret heute Abend auf seinen Posten nach Florenz zurückkehrt. Das Blatt fügt hinzu, Benedetti sei in Berlin wiedereingetroffen und habe bereits mehrere Depeschen an die französische Regierung von dort gesandt.

London, 13. November. Die heutige Abend-Ausgabe der „Patrie“ sagt: England hat seine Theilnahme an der Konferenz der Bedingung unterzogen, daß der italienischen Regierung Freiheit gelassen werde, Mittel zur Verhütung von Unruhen anzuwenden. Die Konferenzen werden in Paris und nicht in Rom oder Florenz stattfinden. Die Mitglieder einer geheimen Gesellschaft sind hier verhaftet worden, u. A. Prof. Naquet und Advokat Accaloa, bei welchem auch Haussuchung gehalten wurde.

— Die Note Menabrea's hat hier einen schlechten Eindruck gemacht. Die „France“ verlangt, daß die Rückkehr der französischen Truppen aufgeschoben werde. Der „Univers“ sagt: daß die französische Regierung von Italien die vorhergehende Versöhnung mit Rom fordern müßte. Der „Avenir national“ bemerkt, daß die Note Menabreas an Marquis de Moustier am 10. d. übergeben und daß der „Moniteur“ am 12. die Noten veröffentlicht habe, welche die Räumung des Kirchenstaats in Aussicht stellen, sobald die Ordnung dort gesichert sein werde.

— Der „Abendmoniteur“ schreibt in seinem Bulletin: Der freiwillige Entschluß der italienischen Regierung, ihre Truppen zurückzuziehen, ist ein bedeutsames Unterpfand für ihre Achtung vor den internationalen Vereinbarungen. Das neue Ministerium verhehlt sich die schwere Gefahr nicht, in welche die anarchischen Tendenzen und die republikanischen Zielpunkte der Garibaldianer die Dynastie Savoyen bringen mußten. Die Regierung des Königs Victor Emanuel muß anerkennen, daß es ihr Interesse und ihre Pflicht ist, auf soliden Grundlagen die geistige und materielle Ordnung wiederherzustellen, welche durch die letzten Ereignisse geschädigt worden war. Die Mazzinistischen Manifestationen in Mailand und Pavia wurden unterdrückt, das Gesetz errang seine Herrschaft wieder, und man darf hoffen, daß den extremen Parteien diese Lehre nicht umsonst ertheilt sein wird. Italien, monarchisch und konservativ wie es ist, bedarf der Ruhe und Sicherheit. Die französische Regierung hat die italienische um ihrer letzten Entschließungen willen beglückwünscht, und wenn der Florentiner Hof, wie wir das Vertrauen hegen, auf dem Wege, den er betreten, verharrt, so werden die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern fortfahren sich zu befestigen und zu entwickeln.

Marseille, 13. November. Aus Athen, 3. November, wird gemeldet: Coroneos Petropoulaky ist von Kreta hierher zurückgekehrt, da seine Dienste nicht beansprucht wurden. Die Insurgenten sind in voller Thätigkeit. Der Dampfer „Union“ fährt fort, dieselben mit Munition und Proviant zu versorgen. Russische, französische, und italienische Schiffe vermitteln nach wie vor die Auswanderung kretensischer Familien.

Florenz, 12. November. Folgendes ist der Text der bereits im Auszuge mitgetheilten Note des Ministers Menabrea an den Italienischen Gesandten in Paris:

Florenz, 7. November 1867.

„Herr Minister!

„Die Motive, welche die Regierung des Königs veranlaßt haben, einige Punkte des päpstlichen Gebietes in demselben Momente mit Truppen zu besetzen, in welchem die Französische Expedition in Civita Vecchia ausgeschifft wurde, sind bereits in dem an die diplomatischen Repräsentanten des Königs gerichteten Zirkular vom 30. Oktober angegeben. Es wird daher nicht nöthig sein, die Gründe, welche jenen Schritt veranlaßt haben, darzulegen. Es genügt uns, daß der beabsichtigte Zweck erreicht wurde. Wo immer die Königlichen Truppen erschienen, wurden sie von den Einwohnern dankbar empfangen, da mit ihnen Ordnung, Sicherheit für die Bürger, Achtung und Schutz für die gesetzmäßigen Behörden zurückkehrten. Es ist Ihnen bekannt, daß in vielen der von unseren Truppen nicht besetzten Ortschaften die Bevölkerung feierliche Plebiszite für die Annexion an das Königreich Italien veranstaltete.

„Allein die Regierung des Königs, welche jene Manifestationen gemißbilligt hat, die zu verhindern ihr Einfluß nicht genügte, hat die Annahme ihrer Resultate verweigert, indem sie feststellt an der Erklärung, daß der Entschluß, die Grenze zu überschreiten, nicht zu einem Akte der Feindseligkeit führen sollte. Der an die Freiwilligen-Banden erlassenen Aufforderung, sich innerhalb der Linien der Italienischen Armee zurückzuziehen, schenkte Garibaldi kein Gehör. Während diese Banden, mit der Ausführung anderer Pläne beschäftigt, gegen Tivoli vorrückten, griffen die vereinigten Französisch-päpstlichen Truppen sie an und schlugen sie in der Nähe von Mentana.

„Hierauf kehrten die Freiwilligen in großer Anzahl nach dem Königreiche zurück, wo dieselben entwaffnet wurden, und Garibaldi, welcher Passo di Correse mit der Absicht erreicht hatte, sich über Livorno nach Caprera zu begeben, wurde verhaftet und statt dessen nach Varignano im Golf von Spezzia abgeführt; diese Maßregel wurde uns durch die Nothwendigkeit, die Autorität der Gesetze aufrecht zu erhalten und jede Gefahr neuer Unruhen zu beseitigen, vorgeschrieben. Die öffentliche Ruhe ist dadurch wieder hergestellt und die Gefahren, welche die päpstlichen Staaten bedrohten, haben aufgehört. Die Sachlage hat sich mithin verändert und die Motive, welche unsere Intervention nöthig machten, sind nicht mehr vorhanden.

„Die Regierung hat deshalb ihre Truppen innerhalb der italienischen Grenzen zurückgerufen. Die französische Regierung hat sich ebenfalls in ihrem Cirkular vom 25. Oktober feierlich verpflichtet, ihre Aufgabe als erfüllt zu betrachten und sich vom päpstlichen Gebiet zurückzuziehen, sobald letzteres von Eindringlingen befreit und die Sicherheit in demselben wieder hergestellt sein würde. Diese Bedingungen sind jetzt eingetreten. Indem wir uns in unsere Grenzen zurückzogen, haben wir jedes Motiv für einen Aufschub beseitigt, und indem wir uns jetzt auf das Wort Frankreichs verlassen, erwarten wir von Seiten der Kaiserlichen Regierung, daß dieselbe die Intervention aufhören lasse, welche wir für unnöthig und als eine für Italien bedauerliche Thatsache erachteten und die, wenn sie verlängert würde, ein Hinderniß für ein dauerhaftes Arrangement sein würde.

„Wenn auch das Verhalten der Königlichen Regierung und ihr fester Entschluß Jeden versichern, daß die letzten Ereignisse sich nicht wiederholen können, so führen doch diese Vorfälle zu dem Schlusse, daß die September-Konvention, welche in dem vertrauensvollen Glauben an eine baldige Versöhnung zwischen Italien und dem heiligen Stuhle stipulirt wurde, ihren Zweck vollständig verfehlt hat.

„In der That — Nichts hat bisher geholfen, die von der päpstlichen Regierung angenommene feindliche Haltung gegen das Gouvernement des Königs zu mildern. Rom bietet gegenwärtig das eigenthümliche Schauspiel einer Regierung, welche, um sich aufrecht zu erhalten, eine Armee von Leuten aus allen Ländern gesammelt hat und in einem großen Mißverhältniß zur Bevölkerung und zu den finanziellen Kräften des Staates hält und welche sich gezwungen sieht, fremde Intervention anzurufen. Ein aufrichtiges Uebereinkommen mit Italien würde indessen die leiseste Furcht vor Gefahr beseitigen und gestatten, daß der Schatz, den man jetzt zu einer überflüssigen Bewaffnung vergeudet, zum Nutzen der Religion angewendet werde, und während man die Halbinsel gegen eine Wiederholung bedauerlichen Blutvergießens sicher stellt, würde man ein festes Pfand desjenigen Friedens erhalten, welcher dem Papste eben so wie Italien nothwendig ist.

„Unser Land besitzt eben so tiefes religiöses Gefühl wie irgend ein anderes, aber mehr wie irgend ein anderes empfindet es die Schwierigkeiten und Verstimmungen, welche aus der Vereinigung mit einer Macht herrorgehen, die, durch unveränderliche Gesetze regiert, die höchsten Sphären des Glaubens verwaltet, während sie gleichzeitig durch die Aufgaben der irdischen Regierung dem Einflusse politischer Leidenschaften unterworfen und bestimmt ist, mit der Zeitströmung und dem Fortschritte der Civilisation zu wechseln.

„Der Boden, welcher die Gräber der Apostel birgt und auf welchem die Traditionen des katholischen Glaubens vereinigt sind, ist der sicherste Sitz des Pontificats. Italien wird denselben vertheidigen, ihn mit aller schuldigen Verehrung und dem gebührenden Glanze umgeben und seine Freiheit und Unabhängigkeit begründen.

„Dies ist der sehnlichste Wunsch der Italiener; allein Sie werden verstehen, daß, um diesen Zweck zu erreichen, Vereinbarungen, welche mit den Interessen des heiligen Stuhls und Italiens im Einklange stehen, unerläßlich sind. Die Sache der Religion und selbst die Ruhe Europas sind gleichmäßig in dieser Angelegenheit aufs Spiel gesetzt. Wenn ein in sich fest begründetes Italien bestimmt ist, ein großes Element der Ordnung eben so wie des Fortschritts zu bilden, so muß, um es in den Stand zu setzen, diese edle Aufgabe zu erfüllen, der Anlaß, welcher es in fortwährender Aufregung erhält, aus seinem Innern entfernt werden.

„Indem Sie die Anschauungen, welche ich hier entwickelt habe, mittheilen, werden Sie gewiß im Stande sein, die Ueberzeugung hervorzurufen, daß es von der größten Nothwendigkeit ist, die römische Frage ohne Zeitverlust zum Abschluß zu bringen.

Menabrea.

Rom, 11. November. Das offizielle Journal meldet den am 9. erfolgten Einzug der französischen und päpstlichen Truppen in Viterbo und fügt hinzu, daß dieselben dort sowohl als am 7. d. in Monte Fiascone mit Enthusiasmus von der Bevölkerung empfangen worden seien.

London, 13. November. Die „Anglo-amerikanische Korrespondenz“ meldet, daß der Minister des Innern Hardy der Königin empfohlen habe, den in Manchester zum Tode verurtheilten Fenier Maguire ohne Bedingung zu begnadigen.

— Nach telegraphischen Berichten aus Newyork vom gestrigen Tage schildern daselbst eingegangene Briefe aus St. Thomas vom 1. d. den durch den Orkan verursachten Verlust an Eigenthum als bedeutend, behaupten indessen, anderen Mittheilungen entgegen, daß Verluste an Menschenleben durchaus nicht zu beklagen seien.

Stockholm, 10. November. Eine Broschüre des Königs ist durch die Buchhandels-Firma P. A. Nordstedt u. Söhne ausgegeben worden. Das Thema derselben ist, daß eine kleine, aber gute Armee den Vorzug verdient vor einer großen, aber weniger gut gerüsteten und eingeübten. Den Ertrag hat der Verfasser für einen Fonds zur Errichtung von Schulen in den Lappmarken bestimmt. Gewidmet ist das Buch dem Grafen Henning Hamilton, von dem der König den ersten militärischen Unterricht empfangen. Laut „Aftonbladet“ hat die französische Regierung bei der schwedischen Eisenwaaren-Fabrik zu Eskiltuna 60,000 Stück Säbel-Bajonnette bestellt, die bis März 1869 vollständig zu liefern wären.

Aden, 29. Oktober. Die zur Avantgarde der abyssinischen Expedition bestimmte Brigade ist auf 12 Schiffe eingeschifft und nach Zailla abgegangen. Dieselbe besteht aus dem dritten Bombay- (unregelmäßigen Kavallerie-), dem 10. indischen Infanterie-Regimente, zwei Kompagnien eingeborener Sappeurs, 453 Mann vom Land-Transport-Korps, einer Gebirgsbatterie, 367 Pferden und 458 Maulthieren. — Die Korvette „Satellite“ ist am 25. Nov. nach Annesbay zu Rekognoscirung gesegelt. Sie hat Kanonen, Munition und Flöße an Bord, letztere um Kanonen und Pferde zu landen. — Von den abyssinischen Gefangenen sind keine späteren Nachrichten eingetroffen.

Pommern.

Stettin, 14. November. Als der auf dem Bredower Antheil wohnhafte Arbeiter Schulz vorgestern Abend in Begleitung seiner einen Sack mit Kartoffeln tragenden Ehefrau den Weg nach Grünhof passirte, wurde die Frau von 3 anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Männern festgehalten und ihrer Kartoffeln beraubt, während ein vierter Mensch sich mit Schulz selbst, der natürlich seiner Frau Beistand leisten wollte, hin und her zerrte, wobei jener Mensch S. in die Finger der linken Hand biß, um sich von ihm loszumachen. Nachdem die vier Strolche bemerkten, daß andere Leute hinzukamen, ergriffen sie die Flucht.

— In verflossener Nacht bemerkte der Wächter in dem Parterrezimmer des Hauses Mönchenbrückstraße Nr. 4 Licht und gleichzeitig auch, daß die in der Ladenthüre befindliche große Scheibe eingedrückt sei. Auf gegebenes Nothsignal kamen noch zwei andere Wächter hinzu; man begab sich nun in die betreffende Lokalität, in der das Licht inzwischen ausgelöscht war, und wurde dort der Arbeiter Wilh. Müller von ihr betroffen und festgenommen. Derselbe hatte jedenfalls zum Zwecke der Ausführung eines Diebstahls den Einbruch verübt, denn in dem Zimmer, wo man seiner habhaft wurde, waren Betten, Kleidungsstücke 2c. bunt durcheinander geworfen.

— In der Nacht zum 12. d. Mts. wurde dem gr. Lastadie Nr. 59—60 bei seinen Eltern wohnhaften Oekonomen Kinsky aus der Schlafstube, und zwar unmittelbar von einem vor seinem Bette, in dem er schlief, stehenden Tische, eine goldene Ancreuhr nebst langer goldener Halskette, etwa 80 Thaler werth, gestohlen. Gleichzeitig wurde auch ein Ring mit 3 Schlüsseln entwendet und mit einem der letzteren ein in der Gaststube befindliches Pult geöffnet, aus demselben aber, ungeachtet dort über 20 Thlr. baares Geld lagen, nichts gestohlen.

— Gestern Abend wurde der 13jährige Bursche Spuhl aus Bredower Antheil und der wegen Diebstahls bereits bestrafte 15jährige Bursche Robert Wietzel auf der That ertappt, als sie am Bohlwerk am Schneckenthor einen Ballen Reis aufgeschnitten und aus demselben eine Quantität Reis gestohlen hatten. Es erfolgte ihre Verhaftung.

— Ein etwa 20 Jahr altes Frauenzimmer von mittlerer Statur und mit blondem Haar hat sich dem Blumenfabrikanten Krause in der Domstraße gegenüber dadurch eines Betruges schuldig gemacht, daß sie angeblich für Rechnung ihres Dienstherrn, des Kaufmanns Schröder in der Frauenstraße, von K. einen Kranz im Werthe von 3 Thlr. unter dem Versprechen entnahm, den Preis für letzteren unmittelbar nachher zu bringen. Sie hat sich später indessen nicht weiter blicken lassen, auch ist ein Kaufmann Schröder in der Frauenstraße überhaupt nicht aufzufinden gewesen.

— Das Vereinsgesetz vom 11. März 1850 schreibt im §. 1 vor: daß der Unternehmer einer Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten berathen werden sollen, 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Ortspolizeibehörde von derselben Anzeige zu machen habe. In einer wegen Uebertretung dieser Vorschrift schwebenden Untersuchung behaupteten die Angeklagten, dem Ortsschulzen die Anzeige erstattet und von diesem die nöthige Erlaubniß erhalten zu haben. Der Polizeirichter und das Appellationsgericht hielten dies auch für genügend, da der Schulze, wenn ihm auch die polizeiobrigkeitliche Gewalt nicht zustehe, doch immer mit der Polizeiverwaltung betraut sei. Hiergegen erhob der Ober-Staatsanwalt mit Genehmigung des Justizministers die Nichtigkeitsbeschwerde, indem er ausführte, daß an dem betreffenden Orte die „Ortspolizeibehörde“ nicht der Schulze, welcher vielmehr nur Unterbeamter derselben, sondern der Landrath gewesen sei. Der höchste Gerichtshof hat nun auch dieser Ansicht beigestimmt und demzufolge die Verfügung des Appellationsgerichts vernichtet.

(Berl. Fr.-Bl.)

† **Pyritz**, 13. Novbr. In der hiesigen Kirche fand gestern Abend ein Missionsfest statt, bei dem ein Missonar aus Berlin die Festrede hielt. Die zum ersten Mal durch Gas beleuchtete Kirche war zahlreich besucht. — Heute wurde vor der hiesigen Kriminal-Abtheilung eine nicht uninteressante Anklage verhandelt. Es war nämlich der Dr. W. aus Neumark angeklagt, einem Menschen, welcher von einem Hunde gebissen worden, nicht die gehörige Hülfe geleistet zu haben, so daß derselbe an der Verblutung gestorben sei. Die Vertheidigung führte der Rechts-Anwalt Deycks aus Berlin. Die Staatsanwaltschaft beantragte 1 Jahr Gefängniß und Verlust des Amtes auf 5 Jahre, der Gerichtshof erkannte dagegen nur auf 2 Monat Gefängniß.

Jakobshagen, 13. November. Unser neue Magistratsdirigent, Bürgermeister Wendt, entwickelt eine nach allen Seiten hin energische Thätigkeit in der Reorganisation der Verwaltung. Der früheren interimistischen Verwaltung durch den Rathmann Ludwig Dahms hat die Stadt noch nachträglich zu danken, indem derselbe durch Rekursergreifung gegen den Bescheid der Königlichen Regierung, welche die Stadt mit ihren berechtigten Grundsteuer-Entschädigungs-Ansprüchen abgewiesen hatte, jetzt von der Königlichen Grundsteuer-Entschädigungs-Kommission die Entscheidung erwirkt hat: daß Jakobshagen zu einer Entschädigung wohl berechtigt sei und demnach die Auszahlung von ca. fünftausend Thalern zu erwarten hat.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 13. November, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Sif, Roed von Nykäping. Heinrich, Caspersen von Hadersleben. Johanna, Schmidt von Newcastle. Eduard, Mittmermann von Pernau. Charlotte, Markgraff von Sunderland. Nordstern (SD), Wulff von Elbing. Der Preuße (SD), Heydemann; Vineta (SD), Liskow; Borussia (SD), Eybe von Königsberg. Wind: S. Revier 15$\frac{1}{12}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. November. Witterung: nebelig. Temperatur Morgens 2° Kälte. Wind: S.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco per 2125 Pfd. gelber uckermärker und märker 100—103 Rt., ungarischer 92—96 Rt., mährischer 97—99 Rt. bez., oderbruch 98—101 Rt., bunt poln. 98—100 Rt. bez., November 99$\frac{1}{2}$ Rt., Frühjahr 99$\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br.

Roggen loco unverändert, schwimmend schwer verkäuflich, Termine niedriger, loco 76—78 Rt., schwerer 78$\frac{1}{2}$, 79 Rt. bez., November 76$\frac{1}{2}$, 75$\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 74—73$\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br.

Gerste loco per 1750 Pfd. 52—52$\frac{1}{2}$ Rt. bez., Oderbruch.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34$\frac{1}{2}$, 35 Rt. bez.

Rüböl flau, loco 10$\frac{3}{4}$ Rt. Br., November 10$\frac{2}{3}$ Rt. Br., 10$\frac{7}{12}$ Rt. Gd. April-Mai 11$\frac{1}{4}$ Rt. Br., 11$\frac{1}{6}$ Rt. Gd.

Spiritus etwas fester, loco ohne Faß 20$\frac{7}{12}$, $\frac{17}{24}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., kurze Lieferung 20$\frac{3}{4}$ Rt. bez, November u. November-Dezember 20$\frac{1}{4}$ Rt. $\frac{1}{6}$ Rt. Gd., Frühjahr 21$\frac{1}{6}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., 21$\frac{1}{6}$ Rt. Gd.

Hamburg, 13. November. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, auf Termine beschänktes Geschäft. Weizen pr. November 5400 Pfd. netto 176 Bkothlr. Br. u. Gd., pr. November-Dezember 174 Br., 173$\frac{1}{2}$ Gd. Roggen pr. November 5000 Pfd. Brutto 135 Br., 134$\frac{1}{2}$ Gd., pr. November-Dezember 134$\frac{1}{2}$ Br., 134 Gd. Hafer fest. Spiritus sehr fest gehalten. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos

Amsterdam, 13. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco 3 Fl. höher, per März 303, per Mai 304. Raps pr. November 71, pr. Mai 74$\frac{1}{2}$. Rüböl pr. November-Dezember 37$\frac{1}{2}$, pr. Mai 39$\frac{1}{2}$.

London, 13. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 12,140, Gerste 480, Hafer 16,150 Quarters.

Englischer Weizen fest, fremder schleppend, schließlich beider gesuchter. — Wetter wolkig.